

ZUSAMMENFASSUNG

Die Bepreisung von Kohlenstoff durch den Emissionshandel als wichtiges klimapolitisches Instrument hat aufgrund einer Kombination von Faktoren einen Platz im politischen Mainstream in Deutschland gefunden. Zu den Faktoren, die zu dieser Entwicklung beigetragen haben, gehören die Festlegung ehrgeizigerer Klimaziele und ein intensiverer politischer Diskurs über die Klimapolitik. Während die Bepreisung von Treibhausgasen in Deutschland zunehmend als wirksames klimapolitisches Instrument erkannt wird, sind einige Aspekte der tatsächlichen Umsetzung der Bepreisung noch unklar.

Gleichzeitig hat die Veröffentlichung des Fit-for-55-Pakets, einer Reihe von Vorschlägen der Europäischen Kommission, die darauf abzielen, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55% zu reduzieren, die Weiterentwicklung der Kohlenstoffpreispolitik als einen wichtigen Schwerpunktbereich für die nächsten Jahre hervorgehoben. Darüber hinaus hat die Anfälligkeit gegenüber russischen Energiequellen nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine die Herausforderung der gestiegenen Energiekosten deutlich gemacht und damit die Dringlichkeit der Umsetzung von Maßnahmen zum sozialen Ausgleich unterstrichen.

Dieses Policy Paper enthält Überlegungen zum jüngsten Diskurs über die CO₂-Bepreisung sowohl in Deutschland als auch in der Europäischen Union und skizziert anhand von vier politischen Empfehlungen vorrangige Bereiche für Maßnahmen in Deutschland.

- A. Die Bundesregierung sollte den Prozess der Überarbeitung des BEHG einleiten, der das nationale CO₂-Preissystem für Verkehr und Gebäude umfasst, einschließlich der möglichen Weiterentwicklung der Preiskorridorphase, der konkreten Ausgestaltung der Marktphase sowie einer klaren Regelung zum Ausgleich sozialer Härten, die sich aus einem höheren CO₂-Preis ergeben.
- B. Die Entwicklung eines breiteren Policy-Mix zur Unterstützung der CO₂-Bepreisung bei Marktversagen und Markthindernissen, insbesondere im Verkehrs- und Gebäudesektor, sollte ein vorrangiger Bereich der künftigen Klimapolitik sein. Es wird von entscheidender Bedeutung sein, einen Koordinierungsrahmen zu entwickeln, der ein reibungsloses Zusammenspiel zwischen den verschiedenen zuständigen Ministerien ermöglicht.
- C. Die Ausweitung der CO₂-Bepreisung auf verschiedene Wirtschaftssektoren erfordert die Gestaltung transparenter sozialer Ausgleichsmaßnahmen, wobei die Senkung des Strompreises und ein Pro-Kopf-Ausgleichsmechanismus den Kern des Ausgleichspakets bilden. Die relevanten Kriterien, Fristen und administrativen Aspekte der Ausgleichszahlungen sollten so schnell wie möglich festgelegt und gesetzlich geregelt werden.

- D. Die Einbeziehung der Endverbraucher (Haushalte) durch eine gezielte und transparente politische Kommunikation über das CO₂-Preissystem, seine Ziele und die damit verbundenen Unterstützungsmechanismen sollte einen weiteren Schwerpunkt der CO₂-Preispolitik in Deutschland bilden.